

Herbsttagung des Bildungspolitischen Ausschusses:

Übergang zur weiterführenden Schulform **kind- und sachgerecht gestalten**

Der thematische Schwerpunkt der Herbsttagung des Bildungspolitischen Ausschusses des DPhV, die vom 12. bis 14. September in Königswinter stattfand, war noch vor Kurzem eines der großen Reizthemen der Bildungs- und Schulpolitik in Deutschland. Wann immer das Thema 'Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule' zur Sprache kam, hagelte es Denk- und Sprechverbote, die mit Kampfgriffen wie 'Selektion' oder 'Entmündigung der Eltern' durchgesetzt wurden. Heute dagegen ist mehr Ruhe in die Debatte eingekkehrt, sodass Gelegenheit besteht, vernünftig und sachorientiert darüber nachzudenken, wie der Übergang zur weiterführenden Schule kind- und sachgerecht ausgestaltet werden kann.

von DR. MARCUS HAHN

Bei seiner gründlichen Bestandsaufnahme der rechtlichen Bestimmungen und der Verfahren, die den Übergang in den verschiedenen Bundesländern regeln, kam der BPA zu dem Ergebnis, dass trotz des in der Vergangenheit massiv geführten Kampfes für die uniforme Durchsetzung des Elternwillens als alleiniger Grundlage der Schulformentscheidung noch immer eine Vielfalt an Regeln und Vorgehensweisen herrscht. Allerdings ist tatsächlich in vielen Bundesländern in der Vergangenheit der Elternwille zum dominierenden Faktor gemacht worden, auch wenn mittlerweile der Trend wieder

die andere Richtung weist: In Schleswig-Holstein wurde beispielsweise die Grundschul-Empfehlung sogar wiedereingeführt, ein aus Sicht des Bildungspolitischen Ausschusses sehr vernünftiger Schritt.

Dabei ist selbstverständlich, dass in dieser Frage zwei wichtige Grundsätze unseres Grundgesetzes, nämlich die staatliche Hoheit über das Schulwesen und die Verantwortung der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder in einem letztlich kaum aufzulösenden Konflikt zueinander stehen. Umso wichtiger sind kind- und sachgerechte Regelungen – und eine rationale, auf Basis sicherer Erkenntnisse erfolgende bildungspolitische Steuerung des Übergangswesens.



► **Expertise der (Grundschul-) Lehrkräfte wieder stärker zu beachten**

Die Bilanz des Bildungspolitischen Ausschusses zu den bestehenden Übergangsregelungen fiel eher negativ aus. Aus Sicht der Praxis hat die Betonung des Elternwillens ihre selbst gesteckten Ziele weitgehend verfehlt. Weder hat sie zu treffsichereren Schulwahlentscheidungen geführt noch für mehr soziale Gerechtigkeit gesorgt, und erst recht hat sie das Gelingen der weiteren Schullaufbahnen keinesfalls befördert. Stattdessen zeigt der Blick in die Praxis, dass eher häufiger als früher falsche Entscheidungen getroffen werden und dass die aufnehmenden Schulformen, speziell die Gymnasien, zum Teil mühselige und aufwändige 'Wiederholungseinheiten' in den ersten Monaten oder gar Jah-

ren anbieten müssen. Das führt zu vermeidbaren Zusatzbelastungen und frustrierenden Lernerfahrungen für alle Beteiligten.

Im Ergebnis spricht der Bildungspolitische Ausschuss sich dafür aus, die Expertise der (Grundschul-)Lehrkräfte bei der Entscheidung über die Wahl der weiterführenden Schule sachgerecht – und das heißt: stärker – zu berücksichtigen. Allerdings brachte die Analyse der Steuerungsinstrumente, die für die notwendige fachlich-pädagogische Grundlage dieser Expertise sorgen sollten, durch den Bildungspolitischen Ausschuss noch mehr Probleme und Schwachstellen zutage. Die mit großen Hoffnungen etablierten Kompetenzstandards für die Klassenstufe 4 des Primarbereichs (Beschlüsse von 2004!) hätten, wenn sie denn Schüler wären, mittlerweile selbst bereits die

Sekundarstufe I des Gymnasiums absolviert – wenn sie diese denn geschafft hätten. Daran jedoch besteht Zweifel, nicht nur weil der damals von den 'Eltern' (sprich: von der Kultusministerkonferenz) als Hausaufgabe selbst gefasste Vorsatz, sie zu evaluieren und zu überarbeiten, schlichtweg nicht erledigt worden ist.

Auch die Inhalte sind selbst unter Berücksichtigung ihres Alters höchst unbefriedigend. Die Kompetenzstandards für die Klassenstufe 4 in den beiden Fächern Deutsch und Mathematik definieren viel zu allgemein eine Gesamtsumme dessen, was in einem Fach gelernt werden kann, ohne ausreichend auf die entscheidenden Fragen nach der Altersdifferenzierung oder auf die tatsächliche Erreichbarkeit einzugehen (zum Beispiel Kompetenzstandards Deutsch: »Die Kinder entwickeln eine demokratische Gesprächskultur«, S. 8). Die Kompetenzstandards setzen auch zu zaghafte Vorgaben bezüglich der Unterrichtsinhalte. Weiterhin bieten sie in der gegenwärtigen Form zu wenig Möglichkeiten für eine valide und reliable Testung, die belastbare Erkenntnisse im Hinblick auf die Schullaufbahnentscheidung erbringen könnte.

■ Eine vierjährige Grundschule in allen Bundesländern

Unterm Strich sieht der Bildungspolitische Ausschuss gravierenden Handlungsbedarf im Bereich des Übergangs zur weiterführenden Schulform. Für eine mehr als vier Jahre dauernde Grundschule – vor geraumer Zeit das Lieblingsprojekt derjenigen, die das mehrgliedrige Schulsystem abschaffen wollten – spricht aus heutiger Sicht kein Argument mehr. Weiterhin ist es im Sinne einer kind- und sachgerechten Schullaufbahn-

entscheidung einfach nur vernünftig, die Expertise der Grundschullehrer stärker zu gewichten, am besten in Form einer klaren Empfehlung. Dass das nicht zu einer dirigistischen Steuerung führen darf und soll, ist selbstverständlich. Gerade deshalb sollte die Empfehlung auf gut ausgestatteten (Kompetenz-)Erwartungen und einer profunden Kenntnis des individuellen Lernstands der Kinder beruhen, die unter anderem auf objektiven, validen und reliablen Testungen beruht.

Im Sinne aller Kinder (und auch jedes einzelnen!) sollte auf diese Weise eine möglichst breite Kenntnis aller relevanten Faktoren erarbeitet werden, die anders als bisher auch die Perspektive und die Erwartungen der aufnehmenden Schulformen mit bedenkt. Aus Sicht des Bildungspolitischen Ausschusses besteht eines der großen Defizite vieler gängiger Übergangsverfahren darin, dass Grundschule und weiterführende Schulformen sozusagen 'Rücken an Rücken' stehen, anstatt, wie das übrigens früher vielerorts üblich war, in einem fachlich-pädagogischen Austausch über die wechselseitigen Erfahrungen und Erwartungen zu stehen. Auf dieser Grundlage sollte die Wahl der richtigen Schulform für jedes Kind nicht länger als Entweder-oder-Entscheidung, sondern als ein rationaler Konsens zwischen allen Beteiligten, beginnend bei den Eltern und Kindern über die unterrichtenden Lehrkräfte bis hin zu den aufnehmenden Schulen, erfolgen. Und weil selbst ein optimal ausgestaltetes Übergangsverfahren niemals völlig fehlerfrei sein kann, gehört selbstverständlich die Forderung nach maximaler horizontaler und vertikaler Transparenz des Schulsystems dazu. ■



Die Autoversicherung mit Telematik Plus

Damit können Sie noch günstiger fahren

Mit der HUK-COBURG fahren dbb-Mitglieder gut und günstig:

- Niedrige Beiträge sichern
- Top Schadenservice erhalten
- Bis zu 30% Folge-Bonus mit dem Telematik-Tarif bekommen
Die HUK-COBURG unterstützt und belohnt Ihren sicheren Fahrstil.
- 30-Euro-Bonus* mitnehmen
dbb-Mitglieder, die als Neukunde mit ihrer Autohaftpflichtversicherung zu uns wechseln, erhalten einmalig 30 Euro dbb-Bonus.*

Gleich Angebot abholen

Mehr Informationen erhalten Sie von Ihrem Berater unter www.HUK.de/dbb
Oder telefonisch unter: 0800 2 153153
– kostenlos aus deutschen Telefonnetzen



Mehr Infos?
QR-Code scannen.

* dbb-Mitglieder, die mit ihrer Autoversicherung als Neukunde zur HUK-COBURG wechseln, erhalten einen Bonus von je 15 € im Beginnjahr und 15 € im ersten Folgejahr.

** Sie können bis zu 30% auf Ihre Kfz-Haftpflicht- und Kaskoversicherung sparen.